

Martin Schöffel, MdL

Maximilianstr. 21
95632 Wunsiedel

Tel: 09232/ 9155-250

Fax: 09232/ 9155-251

Mail: buero@martin-schoeffel.de



09.08.2010

Pressemitteilung

Zum CSU-Monatstreff in Hohenberg am 4.8.2010

Themen: Schulhaus Hohenberg und Ausbau der B 303

„Kommt nun das Ärztehaus in die ehemalige Schule? Und welche Probleme gibt es?“, das waren die Hauptthemen bei der sehr gut besuchten Monatsrunde des CSU Ortsverbandes Hohenberg a. d. Eger in der Ritterschenke.

Ortsvorsitzender Werner Göhlert freute sich besonders, dass zu dieser Diskussionsrunde auch Landrat Dr. Karl Döhler und Landtagsabgeordneter Martin Schöffel gekommen waren. Damit konnte aus erster Hand vieles klargestellt werden.

„Probleme löst man in der Politik selten durch Briefeschreiben und noch weniger durch flotte Schlagzeilen in der Presse“, war demnach auch gleich die erste Aussage des Landrats. „Natürlich gibt es die Vorgabe, dass beim Verkauf öffentlicher Gebäude, auf noch bestehende Bindungsfristen früherer Zuschüsse geachtet werden muss. Es ist ja auch durchaus sinnvoll, dass Kommunen, die mit staatlichen Geldern geförderte Gebäude gewinnbringend verkaufen oder vermieten, grundsätzlich einen Teil der Zuschüsse zurückzahlen müssen.“

„In unserer Region aber ist das doch ganz anders“, erklärte MdL Martin Schöffel, „wir sind froh, wenn eine nicht mehr gebrauchte Schule nicht leer steht, sondern eine sinnvolle Nutzung erfährt. Wird eine leerstehende Schule in München vor Ablauf der Bindungsfrist gewinnbringend vermarktet, hat der Staat zu Recht Anspruch auf Rückführung von Fördermitteln. Hier ist das nicht der Fall: Kein Verkauf möglich, die Mieteinnahmen decken höchstens die laufenden Gebäudekosten. Und weil die Nutzung als Ärztehaus eine öffentliche Funktion ist, verzichtet der Freistaat Bayern auf die Rückforderung von Zuschüssen!“ Die

Gemeinde müsse lediglich die Lage auf dem Immobilienmarkt in Hohenberg und die erzielbare Miete der Regierung mitteilen.

Man muss rechtzeitig mit den zuständigen Stellen bei der Regierung und im Ministerium reden und die Situation erklären. Und so ist es geschehen, berichtete Landrat Döhler. Zusammen mit Martin Schöffel und dem Hohenberger Bürgermeister Dieter Thoma und seinem Vorgänger Albrecht Schläger habe man bereits im Juni entsprechende Gespräche in München geführt, bei denen vereinbart wurde, dass die Zuschüsse des Freistaates vollständig bei der Stadt Hohenberg verbleiben können. „An dieser Sache wird also das geplante Ärztehaus in der ehemaligen Schule nicht scheitern“, versicherte der Abgeordnete.

Nach diesen klaren und der örtlichen SPD-Spitze bekannten Aussagen hatten dann auch alle Teilnehmer der Diskussionsrunde wenig Verständnis dafür, dass bei dem Besuch der beiden SPD-Bundestagsabgeordneten in der vergangenen Woche in Hohenberg mit solch längst überholten Aussagen in das „Projekt Ärztehaus“ neue Verwirrung gebracht wurde. Dazu Martin Schöffel: Es ist schon seltsam, mit welchen Methoden man hier Schlagzeilen produzieren möchte!“

Ortsvorsitzender Werner Göhlert stellte zum Schluss noch einmal klar fest: „Wir stehen zu dieser Nachnutzung unseres Schulhauses. Wir sehen darin eine große Chance!“ Sein besonderer Dank galt an diesem Abend dem Landrat Dr. Karl Döhler und dem Abgeordneten Martin Schöffel. „Sie produzieren zwar nicht immer so viele Schlagzeilen, aber sie erreichen dafür etwas!“

Auch zur aktuellen Diskussion um den Ausbau der B303 nahm Landtagsabgeordneter Martin Schöffel Stellung:

„Ich habe großes Verständnis, dass Bürger bei einer so bedeutenden Straßenplanung kontrovers diskutieren und Fragen stellen“. Darum bewertete der Abgeordnete die Argumente aus seiner Sicht. „Nach reiflicher Abwägung halte ich den vierstreifigen Ausbau für die beste Lösung. Damit ist ein zügiges und sicheres Fahren für PKWs gewährleistet, was den Menschen in den angrenzenden Orten nützt. Auch ohne Ausbau ist mit zunehmendem Ost-West-Verkehr zu rechnen. Mit dem Ausbau haben wir Möglichkeiten, damit besser umzugehen. Auf der vierstreifigen Strecke sind beispielsweise eine LKW-Maut und ein LKW-Überholverbot möglich. Vor allem der LKW-Verkehr ist es, der

bereits jetzt für Belastungen sorgt. Im Zuge des Ausbaues wird der Lärmschutz verbessert. Wer eine dreistreifige Lösung fordert, fordert gleichzeitig, dass die Flitterbachtalbrücke mit dem heutigen Standard bestehen bleibt. An bestehenden Straßen erreichen wir keine weiteren Lärmschutzmaßnahmen, solange die gesetzlichen Lärmwerte eingehalten werden.“

Kritik übte der Abgeordnete am Stil des Leserbriefs von Karl Paulus. Laut Schöffel bestünde nun die Gefahr, dass eine sachliche Diskussion ins Persönliche abrutsche. Paulus mache den Fehler, anderen Lobbyismus zu unterstellen, obwohl nur er als Verbandsgeschäftsführer solchen betreibe! Er werfe den ehemaligen Abgeordneten Müller und Schläger Volksverdummung vor, obwohl diese vernünftige Argumente formulierten.

Schöffel: „Ich wünsche mir eine sachliche Diskussion aller Beteiligten zu diesem Thema mit gegenseitigem Respekt für die Meinung des Anderen!“ Wichtig sei jedoch, dass eine reiflich abgewogene Entscheidung auch umgesetzt werde. Derzeit sei das Staatliche Bauamt mit den Planungsarbeiten beschäftigt. Sobald etwas Erkennbares vorliege, könne man sachgerecht diskutieren und die beste Lösung suchen. „Wir brauchen einen zügigen Ausbau der B 303 zu einer leistungsfähigen Verbindung mit optimalem Lärmschutz für die betroffenen Anwohner“, so das Fazit des Abgeordneten. „Es wäre zum Schaden der Region, wenn nun weitere Verzögerungen erzwungen würden“.